



Prof. Ulf Seiler

**Fraktion der
Alternative für Deutschland
im Kreistag des Landkreises
Darmstadt-Dieburg**

Kreishaus Darmstadt
Jägerstraße 207
64289 Darmstadt

eMail: ulf.seiler@afd-hessen.de

Darmstadt, 9. Dezember 2019

Rede zu TOP 15: „Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020“ von Prof. Ulf Seiler

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

um es vorweg zu sagen: Die AfD-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2020 nicht zustimmen, ihn aber auch nicht ablehnen, sondern sich enthalten. Das hat folgende Gründe:

Wir hatten bereits bei der Beratung des Haushalts 2019 gefordert, dass er entgegen des damaligen Plans nicht nur im Ergebnishaushalt, sondern auch im Finanzhaushalt ausgeglichen sein müsse. Einer unserer Vorschläge war, das sehr teure und ambitionierte Schulbauprogramm zu strecken, damit dieses Ziel erreicht würde.

Bei der Haushaltsplanung für 2020 haben wir erfreut zur Kenntnis genommen, dass unsere Vorschläge diesmal genau so umgesetzt wurden. Nach Plan schließt der Ergebnishaushalt jetzt mit einem guten Plus ab, und auch der Finanzhaushalt ist zunächst einmal ausgeglichen. Erreicht wurde das unter anderem durch eine Streckung des Schulbauprogramms. Man kann also sagen: Die auf Vernunft basierende Politik, die wir von Anfang an vertreten haben, hat sich als der richtige Weg herausgestellt.

Wir werden den Haushalt für 2020 daher nicht ablehnen.

Allerdings sind im Haushaltsplan so viele kritische Faktoren enthalten, dass wir ihm auch nicht zustimmen können.

Als erstes ist da zu nennen, dass offen zugegeben wird, der Haushalt sei mit heißer Nadel gestrickt und es seien immer nur die Best-Case-

Szenarien angenommen worden. Auf deutsch heißt das, es ist ziemlich unwahrscheinlich, dass die Haushaltsansätze tatsächlich auch eingehalten werden können. Kein vernünftiges privates Unternehmen würde so planen. Eine seriöse Planung muss doch immer gerade die Worst-Case-Szenarien berücksichtigen und die Finanzplanung darauf abstimmen. Treten dann doch bessere Umstände ein, kann man sich über einen Gewinn freuen. Wenn jedoch tatsächlich die angenommenen ungünstigen Umstände eintreten, bleibt man auf der sicheren Seite.

Nicht so in diesem Haushalt. Und weil den Verantwortlichen bewusst ist, wie fragil das Konstrukt ist, baut der Landrat auch schon seit Monaten vor für den Fall, dass es schiefgehen sollte. Ein Schuldiger ist schon gefunden, nämlich das Land Hessen, das dem Landkreis keine Streckung der Tilgung für die Hessenkasse erlauben will. Genau so wurde es zuletzt dem Echo gegenüber geäußert, als es um die Frage ging, warum nicht die unerwarteten 5 Mio. vom Land Hessen durch eine Senkung der Kreis- oder der Schulumlage wenigstens zum Teil an die Kommunen weitergegeben werden können.

Eine kurze Zwischenbemerkung: Die Bürgermeister der Kommunen haben Recht. Eine Umlage von insgesamt über 53% ist viel zu hoch und nimmt den Kommunen die Luft zu atmen. Wenn jetzt tatsächlich über 5 Mio. Euro mehr vom Land Hessen kommen als bisher geplant, wäre die einzig richtige Reaktion, die Umlage zu senken. Die Weigerung, das zu tun, macht nur umso mehr deutlich, wie fragil und fragwürdig die gesamte Planung eigentlich ist.

Aber zurück zur Hessenkasse: An der hartnäckigen Forderung der Koalition und des Landrats, die Tilgung der Hessenkasse mindestens auf die doppelte Laufzeit zu verlängern, lässt sich ablesen, dass es ihnen anscheinend nicht ganz so wichtig ist, die Finanzen zu konsolidieren. Genauso hartnäckig, wie der Landrat und die Koalition das fordern, können wir nur immer wieder davor warnen, so etwas Kurzsichtiges zu tun. Denn es gilt immer noch der von uns bereits mehrfach zitierte Satz: „Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert, nicht in schlechten.“ Wenn nämlich in guten Zeiten nicht alles daran gesetzt wird, die Schulden schnell abzubauen, fällt einem das bei einsetzenden schlechten Zeiten auf die Füße.

Noch befinden wir uns in wirtschaftlich guten Zeiten, jetzt wäre es also an der Zeit, die Tilgung so schnell wie möglich abzuleisten. Dann

hätten wir in den sich schon abzeichnenden schlechteren Zeiten Spielräume, um entsprechend zu reagieren. Wir bitten deshalb den Landrat und die Koalition noch einmal eindringlich, endlich mit dem Lamentieren und Verhandeln über die Bedingungen der Hessenkasse aufzuhören und stattdessen die Ärmel hochzukrempeln und eine solide, zukunftsweisende Finanzpolitik zu betreiben.

Vergleicht man die Ansätze der einzelnen Produktbereiche mit denen aus dem Vorjahr, zeigen sich keine extremen Abweichungen. Eine bittere Pille ist aber nach wie vor die Höhe der sozialen Leistungen und der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Sie machen den allergrößten Brocken bei den Ausgaben aus. Wir wissen, dass der Landkreis hier wenig Spielräume hat, weil es sich um die Erfüllung von Bundesgesetzen handelt. Dennoch ist es uns unverständlich, warum die Ausgaben in diesem Bereich immer weiter steigen.

Seit Jahrzehnten wird doch immer mehr Geld in die soziale Sicherung sowie in die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe gepumpt. Es müssten daher doch eigentlich schon längst hervorragende Verhältnisse in diesen Bereichen herrschen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Immer mehr Menschen sind anscheinend nicht mehr in der Lage, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und ihre Kinder zu selbständigen, mündigen Bürgern zu erziehen.

Hier müsste ein tiefgreifendes Umdenken stattfinden. Die Wurzel für das Übel liegt an ganz anderer Stelle als am Geld. Wenn nämlich unseren Kindern nicht schon in der Schule beigebracht wird, dass sie für das, was sie tun, Konsequenzen tragen müssen, wenn man meint, ihnen Schulnoten oder Sitzenbleiben oder Disziplin nicht mehr zumuten zu dürfen, wenn Leistung und Eigenverantwortlichkeit als negativer Zwang gesehen werden und wenn man glaubt, der Staat könne die Kinder viel besser erziehen als die Eltern, dann legt man den Grundstein für eine Gesellschaft, die immer unselbständiger wird.

Und wenn in der Gesellschaft kein Konsens mehr herrscht, dass jeder erst einmal selbst für sein Leben und Überleben verantwortlich ist und er nur im Notfall die Hilfe der Allgemeinheit beanspruchen kann, sondern wenn Gleichmacherei und Umverteilungsforderungen die Eigenverantwortlichkeit ersetzen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich die Kosten des Staates immer mehr aufblähen, ohne dass irgendeine Verbesserung ersichtlich ist.

Ein deutliches Symptom, dass wir in dieser negativen Entwicklung schon weit vorangeschritten sind, sehen wir ganz aktuell direkt hier im Landkreis. Es ist die mangelnde Bereitschaft von Ärzten, sich selbständig zu machen und eine Praxis zu übernehmen. Dass es heute erforderlich ist, MVZ's zu gründen, weil es viel bequemer ist, als angestellter Arzt regelmäßig sein Gehalt zu bekommen und das finanzielle Risiko der Allgemeinheit zu überlassen, zeugt von der zunehmenden Unselbständigkeit unserer Gesellschaft. Ich halte das für sehr bedenklich.

Weil aus unserer Sicht den Änderungsanträgen des Jugendhilfeausschusses und der Linken genau das beschriebene falsche, staatsgläubige Denken zu Grunde liegt, lehnen wir diese ab.

Und auch der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplan 2020 können wir nicht zustimmen. Wir schließen uns hier der Stellungnahme des Bürgermeisters von Griesheim an. Ich hatte es oben schon erwähnt, dass aus unserer Sicht unter den gegebenen Umständen eine Senkung der Kreis- bzw. Schulumlage richtig gewesen wäre.

Alles in allem sind im vorliegenden Haushaltsplan im Vergleich zu den Vorjahren Tendenzen erkennbar, die in die richtige Richtung weisen. Wir haben aber leider den Eindruck, dass diese nicht aus eigener Einsicht stammen, sondern nur unter dem Druck der Bedingungen der Hessenkasse zustande gekommen sind. Insofern bleiben bei uns sehr gemischte Gefühle im Hinblick auf die zukünftige Finanzplanung zurück.